



Marc Henrichmann, MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Mitglieder der CDU
im Wahlkreis Coesfeld/Steinfurt II
im Email-Verteiler

Berliner Büro

Unter den Linden 71
Raum 337
Telefon 030 227 – 79385
Fax 030 227 – 70385
E-Mail: marc.henrichmann@bundestag.de

13. März 2020

Themen der Woche: Das Corona-Virus, Wahlrechtsreform und ein Fake-Video

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Parteifreunde,

das Corona-Virus bestimmt den Alltag. Die Lage ist sehr dynamisch und ändert sich ständig. Um eine weitere Ausbreitung zu verhindern, wird das öffentliche Leben in Deutschland in den nächsten Wochen stark eingeschränkt werden. Stand Freitagnachmittag werden ab Montag in Nordrhein-Westfalen, in Niedersachsen, im Saarland und in Bayern die Schulen und Kitas geschlossen bleiben. Im Münsterland haben schon die ersten Schulen geschlossen.

[Auf der Internetseite des Robert-Koch-Institutes können Sie sich über die aktuelle Lage informieren. Auch das Bundesministerium für Gesundheit stellt tagesaktuelle Informationen zur Verfügung.](#) Wichtig ist: Es gibt keinen Grund für Panik. Gleichwohl ist große Vorsicht geboten. Sozialkontakte sollten nach Möglichkeit gemieden werden. Das gilt auch für Veranstaltungen und Feste im Familien- und Privatbereich. Wir müssen die Ausbreitung des Corona-Virus verlangsamen.

Staatlicherseits unternehmen wir dafür alles Menschenmögliche. Wir handeln verhältnismäßig und angepasst an die jeweilige Lage. Für unsere Unternehmen und



Marc Henrichmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Abgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld/Steinfurt II
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Seite 2 von 3 Seiten des Schreibens vom 13.03.20

Arbeitnehmer haben wir beispielsweise in dieser Woche das Kurzarbeitergeld auf die aktuellen Herausforderungen angepasst. Ich weiß, dass Gesundheitsminister Spahn im permanenten Austausch mit den Kliniken und Ärzten steht, um bestmöglich auf das Corona-Virus vorbereitet zu sein. Kurz: Die Lage ist ernst, aber es gibt keinen Grund zur Panik. Jeder Bürger ist gefragt, daran mitzuarbeiten, um die weitere Ausbreitung des Virus zu verhindern oder zumindest zu verlangsamen.

Ich möchte die BerllInfos nutzen, um auf zwei weitere politische Themen aufmerksam zu machen: Dies betrifft die Flüchtlingspolitik und das Wahlrecht.

Flüchtlingspolitik: Fake-Video kursiert in sozialen Medien

In dieser Woche erhielt ich ein vermeintlich aktuelles Video der Westfälischen Nachrichten, das angeblich Vorbereitungen des Flughafens Münster-Osnabrück für die Registrierung von Flüchtlingen aus Griechenland am FMO zeige.

Das Video ist auf den 6. März 2020 datiert. In Wirklichkeit handelt es sich aber um einen Film aus dem Jahr 2015. Der FMO bereitet sich **nicht** auf die Aufnahme von Flüchtlingen vor. **Dafür gibt es auch keinen Anlass.** 2015 wird sich nicht wiederholen. Falls Sie das entsprechende Video kennen, bitte ich Sie, dieses Video nicht weiterzugeben. Bitte machen Sie den Versender des Films darauf aufmerksam, dass es sich um Fake News handelt. Bitte gehen Sie diesen Hetzern nicht auf dem Leim, die Verbreitung dieses Videos muss gestoppt werden. Nach meinen Erkenntnissen stammt das Video aus AfD-nahen Kreisen und verbreitet sich unter Rechtspopulisten. Diese Art der politischen Auseinandersetzung ist abscheulich und gefährlich. Mit bewussten Falschmeldungen wird Hass und Hetze geschürt.

Vor diesem Hintergrund begrüße ich es, dass der Verfassungsschutz einen Teil der AfD von nun an beobachtet. Es handelt sich bei einem Teil dieser Partei um eine rechtsextremen Zusammenschluss, der die freiheitlich demokratische Grundordnung zerstören will. Wir müssen entschieden gegen diese Antidemokraten und ihre Machenschaften vorgehen. Ich prüfe gerade eine Strafanzeige gegen den Urheber des Videos. Zudem bespreche ich mit den Rechtspolitikern meiner Fraktion, welche Möglichkeit das Netzwerkdurchsetzungsgesetz bietet, das Video zu löschen.



Marc Henrichmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Abgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld/Steinfurt II
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Seite 3 von 3 Seiten des Schreibens vom 13.03.20

Wahlrechtsreform: Mit mehr Bürgernähe gegen Politikverdrossenheit

Im Wahlkreis werde ich bei vielen Gesprächen immer wieder auf das Thema Wahlrecht angesprochen. [In dieser Woche habe ich dazu im Bundestag eine Rede gehalten](#). Meine Position ist klar: Ich spreche mich eindeutig und unmissverständlich für eine Verkleinerung des Bundestages aus. Meine Fraktion hat dazu Vorschläge unterbreitet, die von den Oppositionsparteien abgelehnt werden. Viele Modelle zur Reform des Wahlrechts, vor allem vorgetragen von FDP, LINKEN und Grünen, sehen eine Vergrößerung der Wahlkreise vor. Das lehne ich ab. Ich bin mit dem Versprechen angetreten, die Bürgerinnen und Bürger aus unserer Region in Berlin zu vertreten. 2019 war ich zu mehr als 230 Terminen im Wahlkreis unterwegs und bin dabei fast 7000 Kilometer gefahren. Sie alle wissen, dass man vom Norden in Nordwalde bis in den Süden nach Olfen eine Stunde mit dem Pkw braucht.

In einem noch größeren Wahlkreis kann ich meinem Anspruch, für die Bürger ansprechbar zu sein, nicht mehr in dem bekannten Maße gerecht werden. Vor dem Hintergrund der Diskussion um Politikverdrossenheit brauchen wir nicht weniger, sondern mehr Bürgernähe. Wir müssen raus zu den Menschen und Politik erklären. Das ist das Gebot der Stunde. Das geht nicht, indem man Wahlkreise vergrößert.

Zudem weise ich auf das gültige Wahlgesetz hin. Dieses geht von einer Normgröße des Bundestages von 598 Abgeordneten aus, davon 299 direkt gewählte Wahlkreisabgeordnete und 299 Parlamentarier, die über eine Landesliste einziehen. Derzeit sind aber 410 Abgeordnete über die Landesparteilisten eingezogen. Für mich zeigt dieser Zahlenvergleich deutlich, wo Reformbedarf besteht.

In der kommenden Woche bin ich im Wahlkreis, nehme allerdings aufgrund der drohenden Ausbreitung des Corona-Virus öffentliche Termine nur eingeschränkt wahr. Sie erreichen mich aber per E-Mail unter marc.henrichmann@bundestag.de.

Mit vielen Grüßen verbleibe ich aus Berlin